

Die „Vollst. Zeitung“ enthält täglich zwei Bände — Morgens und Abends — und Verkäufe der Tage nach Bonn und Bielefeld.
Abel, Redakteur: Karl Bollrat in Bonn.
Verwaltung und Druckerei: H. G. Schönbauer in Bonn.
Verantwortlicher Redakteur: H. G. Schönbauer in Bonn.
Verleger: H. G. Schönbauer in Bonn.
Druck: H. G. Schönbauer in Bonn.

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gratis-Beilage: „Gutenberg's Illustriertes Sonntagsblatt.“

Berlin.
1902. — 50. Jahrgang.

Konkurrenzpreis für Berlin:
Wochenpreis 20 Pf. (für 10 Nummern) 4.00
Monatlich 1.00
Quartal 3.00
Halbjährlich 5.50
Jährlich 10.00
Für den Versand nach anderen Orten:
Wochenpreis 22 Pf. (für 10 Nummern) 4.40
Monatlich 1.10
Quartal 3.30
Halbjährlich 6.00
Jährlich 11.00
Für den Versand nach anderen Orten:
Wochenpreis 24 Pf. (für 10 Nummern) 4.80
Monatlich 1.20
Quartal 3.60
Halbjährlich 6.60
Jährlich 12.00

Der heutigen Nummer liegt für die Berliner Abonnenten „Gutenberg's Illustriertes Sonntagsblatt“ Nr. 26 bei.

Die Verlängerung des Dreibrüdes.

Das Vertragsinstrument über die Verlängerung des Bündnisses mit Österreich-Ungarn und Italien wurde heute Vormittag hier durch den Reichskanzler Grafen von Soltow und die Vizekanzler von Eöthy und Graf von Tattenberg unterzeichnet. Der Dreibrud ist in unänderlicher Form erneuert worden.

Die Krankheit des Königs Edward.

Die letzten erschienenen Ausgaben des Londoner Medizinalblattes „The Lancet“ enthält über das Gehehen des Königs Edward VI. die Nachrichten des Krankheitsverlaufs, welche in der letzten Ausgabe des „Lancet“ veröffentlicht wurden. Die Krankheit des Königs Edward VI. ist eine langwierige, an der König Edward leidet, und wegen derer der Arzt die Operation an dem König vorschlug hat, also über die Appendicitis oder noch genauer über die Entzündung des wurmförmigen Darmfortsatzes (appendix vermiformis). Die Darlegungen von Dr. H. Treves sind nicht nur für die Beurteilung der Erkrankung des englischen Königs, sondern auch für die Wissenschaft höchst bedeutsam, und wir heben daher die wichtigsten Punkte heraus.
Es wird zuerst berichtet, dass die Appendicitis im Jahre 1866 von dem englischen Mediziner Treves zuerst beschrieben wurde. Er beobachtete bei einem Kranken, der an einer Entzündung des wurmförmigen Darmfortsatzes litt, die Erscheinungen der Appendicitis. Er fand, dass die Krankheit im Anfang eine Bauchschmerzen im rechten Unterbauch war, die sich nach und nach auf den ganzen Bauch ausbreiteten. Er fand auch, dass die Krankheit im Anfang eine Entzündung des wurmförmigen Darmfortsatzes war, die sich nach und nach auf den ganzen Bauch ausbreiteten. Er fand auch, dass die Krankheit im Anfang eine Entzündung des wurmförmigen Darmfortsatzes war, die sich nach und nach auf den ganzen Bauch ausbreiteten.

Eine Bitte um Recht.

Der Magistrat von Charlottenburg hat, wie wir hören, beschlossen, sich an das Abgeordnetenhaus mit einer Petition zu wenden, in welcher das Auscheiden der Stadt Charlottenburg aus dem Wahlbezirk Potsdam Nr. 9 (Zellow-Beesfow-Storfow) als dringend erforderlich bezeichnet wird.
In der Petition wird mit Recht darauf hingewiesen, daß zur Zeit des Gesetzes von 1860 sich die Bevölkerung dieses Wahlbezirks auf 117 306 Einwohner belief und Charlottenburg in dieser Hinsicht nur vom zehnten Teile vertreten war. Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 sei der Wahlkreis auf 688 521 Seelen angewachsen, wovon Charlottenburg mit 189 200, d. h. 27 pCt. beteiligt war, also mit einer größeren Bevölkerung als damals der ganze Wahlkreis umfaßte. Bei der Wahl im Jahre 1891 habe die Zahl der Wahlmänner im ganzen Wahlkreis 430, im Jahre 1898 bereits 1913 betragen, sie werde sich bis zu der nächsten Wahl wesentlich noch erheblich vergrößert haben. Das Unbillige dieser Verhältnisse sei auch durch die amtlichen Statistiken nicht entgangen und in der Zeitkritik des Königl. Preussischen Statistischen Bureaus als bedenklich festgestellt worden. In der Petition wird ferner noch Folgendes ausgeführt:
Nach der letzten Volkszählung entfallen im Kreise Berlin Nr. 3 auf einen Abgeordneten 374 474, in Potsdam Nr. 9 (Zellow-Beesfow-Storfow-Charlottenburg) 344 260 Seelen, so daß die Charlottenburger Bevölkerung den Berlinern im Kreise Nr. 3 wesentlich näher gerückt sind. Insbesondere ist Charlottenburg unverhältnismäßig mehr benachteiligt als Berlin. Denn während Berlin mit 9 Abgeordneten vertreten ist, hat der ganze Wahlkreis Potsdam Nr. 9 deren nur zwei. Charlottenburg aber, obwohl es der Größe nach die neunste Stelle unter den Städten Preussens einnimmt, ist, wie es auch im Herrenhaufe seinen Sitz hat — ohne jede besondere Vertretung im Abgeordnetenhaufe, obwohl andere kleinere Städte eine solche aufzuweisen haben und u. a. das benachbarte Potsdam einen besonderen Abgeordneten in die zweite Kammer entsendet.
Bei der Wahl im Jahre 1898, die in Aussicht abgehalten wurde und bei der ca. 1900 Stimmen von den Wahlmännern abgegeben werden mußten, zeigte es sich, daß auch der größte Saal der Stadt nicht die Wahlmänner zu fassen vermochte, so daß förmlich nicht mehr als Wahlort in Betracht kommt. Wie durch die Verhandlungen der Wahlprüfungskommission festgestellt ist, verlor der Wahlkreis gegen den Vorwurf des Wahlreglements; er rief die Wahlmänner nicht entsprechend dem publizierten Verzeichnisse, sondern in anderer Weise auf; auch blieb keine Zeit, wie es vorgeschrieben ist, den von Wahlmann genannten Namen in die Liste einzutragen, vielmehr wurde nur der Anfangsbuchstabe notiert und erst später trat man die vollen Namen ein. Die Wahlprüfungskommission hielt in derartigen Fällen bei der Unmöglichkeit, die Wahl in den zur Verfügung

Der Nuntius kommt!

Wie eine Wiener Korrespondenz meldet, schweden zwischen Rom und Berlin Verhandlungen wegen Errichtung einer päpstlichen Nuntiatur in Berlin.
Gestern war Nuntiatsminister Kopp zu einer Konferenz bei dem Reichskanzler; möglich, daß auch die Nuntiaturfrage besprochen worden ist; möglich aber auch, daß die Zusammenkunft zu dem Geschäft Anlaß erst gegeben hat. Immerhin, mag es dem Gerücht etwas Wahres sein oder nicht: Ein Nuntius hat uns angeheißt des fremdenlandischen Verhältnisses der preussischen und Reichsregierung zu dem päpstlichen Stuhle und dem Zentrum schon lange gesehlt. Wir würden es sogar konsequenter finden, wenn der Nuntius den großen Einfluß, den die römisch-katholische Kirche auf die Angelegenheiten Preussens und des Reiches ausübt, äußerlich sichtbar zum Ausdruck brächte. Diesem ist sich durch die Einsetzung eines Nuntius und Reichskanzler herbeizuführen. Die unmittelbare Verhandlung zwischen Kirche und Staat, das heißt die erste Ziel oder wahrhaft frommen im Laube, fände in diesem Arrangement eine tadellose Verfertigung.

Der und Symphoniekonzert. Am 22. März 1880 ist für Berlin eine Polizeiverordnung erlassen, die den Wählerstand von den Beamten bei Strafe verbietet. Wegen unklarer Abfertigung dieser Polizeiverordnung war der Wählerstand aller vom Schöffen-

stehenden unzureichenden Lokalitäten innerhalb der geschlossenen Vorarbeiten durchzuführen, den Wahlkommissionen für berechtigt, die Klaven Bestimmungen des Wahlgesetzes zu verlegen. Unter Bezugnahme auf diese Verordnungen sagt der Charlottenburger Magistrat:
„In der Tat ist nicht mehr im Stande, das Rechtsbewußtsein zu kränken, als wenn die Ausübung eines gesetzlich gewährleisteten politischen Rechts durch solche äußeren Umstände verkrüppelt wird, deren Beseitigung der Gesetzgeber ohne neuemgesetzliche Schwierigkeiten vorzunehmen vermag, um so mehr, wenn diese Verkrüppelung bestehen bleibt, obwohl die freierlichen Bestimmungen, an welche die Ausübung des Rechts geknüpft ist, voll erfüllt werden, reichlicher sogar als in anderen Orten, wo die geschützten Schwierigkeiten nicht zu Tage treten.“

Der Charlottenburger Magistrat bringt hier einen Stein ins Rollen, der schon längst zu einem Stein des Anstoßes für jeden rechtlich denkenden Menschen geworden ist. Die konstante Ungerechtigkeit der gegenwärtigen Wahlrechtsverteilung bedarf nicht zahlreicher Großtaten in unabhätiger Weise. Will man sich nicht entschließen, das preussische Wahlrechtssystem in die Wollschuld zu werfen, so sollte man wenigstens eine der Verordnungen der entsprechenden Verordnungen der Wahlrechte vornehmen. Genauso schlimm liegt es um die Wahlrechtsverteilung für die Reichstagswahlen. Hier hätte nach dem Prinzip 100 000 Seelen ein Abgeordneter Charlottenburg den Anspruch auf zwei, Berlin aber auf achtzehn Abgeordnete.
Allerdings: das Junkertum und Alles, was mit ihm reaktionäre Politik treibt, sie wollen nicht anders ...

Aus dem Reiche des Bockhorns.

Die Stadt Emmerich liegt im Deutschen Reich, nicht irgendwo in dem Steppengebiete Sibiriens. Sie liegt am Rhein, am schönen Rheine, woraus zu folgern ist, daß sie einen Hafen mit Schiffahrtverkehr hat, woraus wiederum folgt, daß dort Handel und Industrie nicht zu den unbekanntesten Dingen gehören. Natürlich bestreitet man sich dort, „maunder“ haben, und manches Gemeines.“ Auch ist die Stadt Knotenpunkt zweier Eisenbahnen von internationaler Bedeutung. Es leben und arbeiten dort mehr als 10 000 Menschen. Es gibt dort ein Postamt I. Klasse, dessen Direktor am Tage der letzten Fronleichnamspredigt sogar das Postgebäude selbst hat sämlichen lassen, „zu Ehren des göttlichen Heilandes“, wie sich ein ultramontane Stimme banterfüllt öffentlich ausdrückt. Das kräftig aufblühende Gemeinwesen hat also, wenn man die Sache genauer betrachtet, nach landläufigen Begriffen Anspruch darauf, daß das treffende Wort von dem „Reich des Bockhorns“ auch dort in maßgebiger Tragweite zur Geltung komme. Statt dessen erfahren wir aus dieser deutschen Stadt, daß dort eine Einrichtung besteht, die in Emmerich selbst große Erbitterung, allenthalben aber gerechtes Entrüsten erregt: eine tägliche 16stündige Dresspierre. Seitdem dort ein neuer Polizeidirektor seines Amtes waltet, ist die bisherige Abendbestellung der Briefe aufgehoben worden. In Emmerich werden Briefe, die nach 3 Uhr 41 Minuten Nachmittag entfallen, erst am anderen Morgen um acht Uhr ausgesendet. Zwar kommen nach 3 Uhr am 4. 5, 6, 7, 8; aber was liegt daran, und wenn es von 4 Uhr Nachmittag bis zum anderen Morgen um 8 Uhr 16 sechshundert Stunden sind.

Das solche Zustände für eine Stadt von mehr als 10 000 Einwohnern mit den eingangs behandelten Eigenschaften bitter sind, wer will es leugnen? Um so bitterer, als früher geübtere Verhältnisse bestanden haben. Die Klagen über schlechtere und andere Störungen schlimmster Art, die durch die „Reform“ des Postwesens in Emmerich herbeigeführt worden sind und fortgesetzt herbeigeführt werden müssen, füllen die Spalten der heutigen Zeitungen — ohne Erfolg. Wie, wie mit dem Reichspostamt näher wohnen und uns dort einer rechtlich aufmerksamen Kritik erretten, wollen uns auf den Wunsch von Emmericher Lebtretenden im öffentlichen Interesse gern zum Heilmittel der nur zu berechtigten Beschwerden an die höchste Zentralstelle machen. Wir sind überzeugt, daß die bloße Kenntnis dieser Verhältnisse genügt, um das Reichspostamt zu veranlassen, schleunigst Remedie einzutreten und so Leiden. Die Einwohner von Emmerich werden gewiß gern auf den Schmutz des Post- und Telegraphenbureaus am Fronleichnamstage Dresspierre, wenn sie die Aufhebung der sechshundertstündigen Dresspierre erbitten.

Der Nuntius kommt!

Wie eine Wiener Korrespondenz meldet, schweden zwischen Rom und Berlin Verhandlungen wegen Errichtung einer päpstlichen Nuntiatur in Berlin.
Gestern war Nuntiatsminister Kopp zu einer Konferenz bei dem Reichskanzler; möglich, daß auch die Nuntiaturfrage besprochen worden ist; möglich aber auch, daß die Zusammenkunft zu dem Geschäft Anlaß erst gegeben hat. Immerhin, mag es dem Gerücht etwas Wahres sein oder nicht: Ein Nuntius hat uns angeheißt des fremdenlandischen Verhältnisses der preussischen und Reichsregierung zu dem päpstlichen Stuhle und dem Zentrum schon lange gesehlt. Wir würden es sogar konsequenter finden, wenn der Nuntius den großen Einfluß, den die römisch-katholische Kirche auf die Angelegenheiten Preussens und des Reiches ausübt, äußerlich sichtbar zum Ausdruck brächte. Diesem ist sich durch die Einsetzung eines Nuntius und Reichskanzler herbeizuführen. Die unmittelbare Verhandlung zwischen Kirche und Staat, das heißt die erste Ziel oder wahrhaft frommen im Laube, fände in diesem Arrangement eine tadellose Verfertigung.

Der und Symphoniekonzert.

Am 22. März 1880 ist für Berlin eine Polizeiverordnung erlassen, die den Wählerstand von den Beamten bei Strafe verbietet. Wegen unklarer Abfertigung dieser Polizeiverordnung war der Wählerstand aller vom Schöffen-

*) Redigiert mit der Querschnittsangelegenheit. Red.

Lokales.

† Zum Anstehen der Leiche. Die öffentliche Bestattung des ...

† Feuer in der Treppenhalle. Ein schweres Brandunglück, dem ein ...

† Ein Familienbrand. Heute früh gestern Nachmittag um ...

Der Kassa-Industriemarkt war schwach. Privatdiskont 2 1/2 pCt.

Kurse gegen 2 Uhr. Oester. Kredit 217,00, Canada 129,37, Türkei-Lose ...

Produktenhandel. Getreide. Heute war der Getreidemarkt absolut festes. Das ausser- ...

Verlauf und Tendenz. Das Rindergeschäft wickelte sich langsam ab ...

Berliner Firmen-Register. Eintragungen vom 25. Juni 1902. Abteilung A.

Abteilung B. Silbermann & Co. Ad. Silbermann ist durch Tod ausgeschieden ...

Abteilung C. Die Gesellschaft ist aufgelöst, die Firma gelöst ...

Die Witten dem Tode erlosch ein Lebensmutter, das er in der Stube ...

Der Verein für Ferienlokale in Berlin kann in diesem Jahre über 4000 Rinder ...

Die Kieler Woche. Das Ergebnis der gestrigen Schwimmfahrt ...

Witterungsbericht von Berlin. am 27. Juni. Wind 9 Uhr 78,2 mm ...

Marktpreise von Berlin am 27. Juni 1902. Weizen, loco per 1000 Kilo ...

Städtischer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht der Direktion. Berlin, 28. Juni 1902.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht der Direktion. Berlin, 28. Juni 1902.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht der Direktion. Berlin, 28. Juni 1902.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht der Direktion. Berlin, 28. Juni 1902.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht der Direktion. Berlin, 28. Juni 1902.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht der Direktion. Berlin, 28. Juni 1902.

Familien-Nachrichten. Verlobt: Ad. Franziska Sohn mit Berni ...

Letzte Nachrichten. Breslau, 28. Juni. Im Prozeß ...

London, 28. Juni. Der Senat ...

